

# Eine Kritik der palästinensischen Zivilgesellschaft an der Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus

Palästinensisches BDS-Nationalkomitee, 25.03.21

Die „Jerusalemer Erklärung zum Antisemitismus“ (JDA) stellt trotz ihrer unten aufgeführten Nachteile eine Alternative zur fragwürdigen sogenannten IHRA-Definition von Antisemitismus dar und einen „überzeugenden Leitfaden“ im Kampf gegen den wirklichen Antisemitismus, wie ihn viele progressiv orientierte jüdische Gruppen definieren - die Verteidigung von Juden, als Juden, vor Diskriminierung, Vorurteilen, Feindseligkeit und Gewalt. Sie respektiert weitgehend das Recht auf freie Meinungsäußerung im Zusammenhang mit dem Kampf für die Rechte der Palästinenser, wie er im internationalen Recht festgelegt ist, auch durch BDS, und den Kampf gegen den Zionismus und Israels Regime der Besatzung, des Siedlerkolonialismus und der Apartheid.

Die JDA kann im Kampf gegen den antipalästinensischen McCarthyismus und die Repression, die die Befürworter der IHRA-Definition mit ihren „Beispielen“ absichtlich gefördert und veranlasst haben, hilfreich sein. Dies ergibt sich aus den folgenden Vorzügen der JDA:

1. Trotz ihrer problematischen israelzentrierten Leitlinien liefert sie eine kohärente und genaue Definition von Antisemitismus. Ihre Autoren lehnen es explizit ab, sie in Gesetzen zu kodifizieren oder sie zu verwenden, um die legitime Ausübung der akademischen Freiheit einzuschränken oder „eine freie und offene öffentliche Debatte zu unterdrücken, die sich innerhalb der Grenzen bewegt, die durch Gesetze zur Bekämpfung von Hasskriminalität festgelegt sind.“ Dies ist hilfreich, um den Versuchen der IHRA-Definition entgegenzuwirken, Israel vor der Rechenschaftspflicht gegenüber internationalem Recht abzuschirmen und den Zionismus vor rationaler und ethischer Kritik zu schützen.
2. Sie erkennt Antisemitismus als eine Form des Rassismus an, mit seiner eigenen Geschichte und seinen Besonderheiten, und widerlegt weitgehend den Exzeptionalismus, den die IHRA-Definition (mit ihren Beispielen) ihm verleiht.
3. Sie anerkennt, dass Antisemitismus und Antizionismus „kategorisch verschieden“ sind und betrachten das Eintreten für die Rechte der Palästinenser nach internationalem Recht und für die Beendigung des israelischen Unterdrückungsregimes nicht per se als antisemitisch. Sie widerlegt damit die gefährlichsten und aggressivsten Elemente der „Beispiele“ der IHRA-Definition. Konkret erkennt die JDA die folgenden Beispiele als legitime freie Meinungsäußerung an: die Unterstützung der gewaltfreien BDS-Bewegung und ihrer Taktiken; die Kritik an oder der Widerstand gegen den Zionismus; die Verurteilung von Israels Siedlerkolonialismus oder Apartheid; die Forderung nach gleichen Rechten und Demokratie für alle durch die Beendigung aller Formen von Vorherrschaft und „systematischer Rassendiskriminierung“; und die Kritik an Israels Gründung und seinen rassistischen Institutionen oder seiner Politik.

4. Sie besagt, dass es antisemitisch sei, „Juden kollektiv für das Verhalten Israels verantwortlich zu machen oder Juden, nur weil sie jüdisch sind, als Agenten Israels zu behandeln“, eine Regel, der wir uneingeschränkt zustimmen. Wir rufen dazu auf, dieses Prinzip pauschal anzuwenden, auch wenn Israel und Zionisten, ob jüdisch oder christlich-fundamentalistisch, sich der Verletzung dieser Regel schuldig machen. Fanatische zionistische und israelische Führer, wie z.B. Netanjahu, sprechen oft im Namen aller Juden und ermutigen jüdische Gemeinden in den USA, Großbritannien, Frankreich und anderswo, „nach Hause“ nach Israel zu gehen.

5. Sie anerkennt theoretisch, dass der Kontext insofern eine Rolle spielt, als dass bestimmte Situationen Einfluss darauf haben, ob eine bestimmte Äußerung oder Handlung als antisemitisch angesehen werden kann oder nicht.

Dennoch sind Palästinenser, die Palästina-Solidaritätsbewegung und alle Progressiven dazu aufgefordert, sich der JDA mit einem kritischen Bewusstsein und Vorsicht zu nähern, da sie einige inhärente Fehler aufweist.

1. Mit Ihrem unglücklichen Titel und den meisten ihrer Richtlinien konzentriert sich die JDA auf Palästina/Israel und den Zionismus, was ungerechtfertigterweise die Versuche bestärkt, den antijüdischen Rassismus mit dem Kampf für die palästinensische Befreiung zu verbinden, und somit unseren Kampf beeinträchtigen. Trotz dieser Wirkung schließt die JDA repräsentative palästinensische Perspektiven aus, eine Auslassung, die ziemlich viel über asymmetrische Macht- und Herrschaftsverhältnisse aussagt und darüber, wie einige Liberale immer noch versuchen, Entscheidungen, die uns zutiefst betreffen, ohne uns zu treffen. Palästinenser können nicht zulassen, dass irgendeine Definition von Antisemitismus verwendet wird, um das Eintreten für unsere unveräußerlichen Rechte oder die Schilderung unserer gelebten Erfahrungen und unserer auf klaren Fakten basierten Geschichte des Kampfes gegen Siedlerkolonialismus und Apartheid zu kontrollieren oder zu zensieren.

2. Die schlecht durchdachte Vernachlässigung jeglicher Erwähnung von Rassismus und der extremen Rechten, den Hauptschuldigen hinter antisemitischen Angriffen, verschont die extreme Rechte ungewollt, trotz einer beiläufigen Erwähnung in den FAQ. Die meisten rechtsextremen Gruppen, besonders in Europa und Nordamerika, sind zutiefst antisemitisch, lieben aber Israel und sein Unterdrückungsregime.

3. Trotz der Zusicherung der freien Meinungsäußerung in den FAQ versuchen die „Richtlinien“ der JDA immer noch, einige kritische Äußerungen über Israels Politik und Praktiken zu verhindern, wobei sie die notwendige Unterscheidung zwischen Feindseligkeit oder Vorurteilen gegenüber Juden auf der einen Seite und legitimer Opposition gegen die israelische Politik, Ideologie und das Unrechtssystem auf der anderen Seite nicht vollständig aufrechterhalten. Zum Beispiel betrachtet das JDA die folgenden Fälle als antisemitisch:

A. „Israel als das ultimative Böse darzustellen oder seinen tatsächlichen Einfluss grob zu übertreiben“ als eine möglicherweise „verschlüsselte Art, Juden zu rassifizieren und zu stigmatisieren.“ Während in einigen Fällen eine solche Darstellung Israels oder eine grobe Übertreibung seines Einflusses indirekt eine antisemitische Gesinnung offenbaren kann, wäre eine solche Schlussfolgerung in der absoluten Mehrheit der Fälle, die sich auf die Verteidigung

palästinensischer Rechte beziehen, völlig fehl am Platz. Wenn Palästinenser, die infolge der israelischen Apartheidpolitik ihre Angehörigen, Häuser und Obstgärten verloren haben, Israel öffentlich als „das ultimative Böse“ verurteilen, kann dies beispielsweise nicht vernünftigerweise als ein „verschlüsselter“ Angriff auf Juden ausgelegt werden.

Wenn man die Opposition gegen die israelischen Verbrechen und das Unterdrückungsregime als antijüdisch interpretiert, wie es Israel und seine antipalästinensischen rechten Unterstützer oft tun, macht man Israel effektiv zum Synonym oder gleichbedeutend mit „allen Juden“. Ethisch gesehen ist diese Gleichsetzung, abgesehen davon, dass sie antipalästinensisch ist, zutiefst problematisch, weil sie tatsächlich alle jüdischen Personen gleichsetzt und homogenisiert. Dies widerspricht der Eröffnungserklärung der JDA, dass es „rassistisch ist, ... eine bestimmte Bevölkerung wesensmäßig gleichzusetzen.“

B. „Die Anwendung der Symbole, Bilder und negativen Stereotypen des klassischen Antisemitismus ... auf den Staat Israel.“ Wie die JDA selbst an anderer Stelle zugibt, ist eine solche pauschale Verallgemeinerung in allen „evidenzbasierten“ Fällen falsch. Denken Sie zum Beispiel an Palästinenser, die den israelischen Premierminister Netanjahu als „Kindermörder“ verurteilen, angesichts der Tatsache, dass mindestens 526 palästinensische Kinder bei Israels Massaker in Gaza 2014 ermordet wurden, was der Internationale Strafgerichtshof kürzlich beschlossen hat, zu untersuchen. Kann dies als antisemitisch betrachtet werden? Obwohl die harten Beweise unanfechtbar sind, sollten Palästinenser es vermeiden, diesen Begriff in diesem Fall zu verwenden, nur weil es ein antisemitisches Bild und Netanyahu zufällig Jude ist? Ist es islamfeindlich, den saudischen Diktator Muhammad Bin Salman - der zufällig Muslim ist - einen Schlächter zu nennen, weil er offensichtlich den grausamen Mord an Khashoggi inszeniert hat, ganz zu schweigen von den Verbrechen des saudischen Regimes gegen die Menschlichkeit im Jemen? Würde die Darstellung von MBS mit einem blutigen Dolch als islamfeindliche Darstellung gelten, wenn man bedenkt, dass islamfeindliche Karikaturen oft muslimische Männer mit blutgetränkten Schwertern und Dolchen darstellen? Eindeutig nicht. Warum dann also bei Israel eine Ausnahme machen?

C. „Die Verweigerung des Rechts der Juden im Staat Israel, kollektiv und individuell als Juden zu existieren und zu gedeihen, in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Gleichheit.“ Das Prinzip der Gleichheit ist absolut vorrangig für den Schutz der individuellen Rechte in allen Bereichen sowie für den Schutz der kollektiven kulturellen, religiösen, sprachlichen und sozialen Rechte. Aber einige könnten dies missbrauchen, um gleiche politische Rechte für die Kolonisatoren und die kolonisierten Kollektive in einer siedler-kolonialen Wirklichkeit oder für die dominierenden und die dominierten Kollektive in einer Apartheid-Realität zu unterstellen und damit die Unterdrückung zu verewigen. Das im Völkerrecht verankerte Grundprinzip der Gleichheit soll und kann nicht dazu benutzt werden, Verbrechen zu entschuldigen oder Ungerechtigkeit zu legitimieren.

Was ist mit dem angeblichen „Recht“ jüdisch-israelischer Siedler, Palästinenser im ethnisch gesäuberten Land von Kafr Bir'im in Galiläa oder Umm al Hiran im Naqab/Negev zu ersetzen? Was ist mit dem angeblichen „Recht“, rassistische Aufnahmekomitees in Dutzenden von rein jüdischen Siedlungen im heutigen Israel durchzusetzen, die palästinensischen Bürgern Israels die Aufnahme aus „kulturellen/sozialen“ Gründen verweigern? Sollte darüber hinaus palästinensischen Flüchtlingen ihr von der UNO festgelegtes Recht auf Rückkehr in ihre Heimat verweigert werden, um ein angenommenes „kollektives jüdisches Recht“ auf demographische Vorherrschaft nicht zu stören? Was ist mit Gerechtigkeit, Rückführung und Wiedergutmachung in Übereinstimmung mit internationalem Recht, die bestimmte angenommene „Recht“ von jüdisch-israelischen Besetzern palästinensischer Häuser oder Ländereien beeinträchtigen können?

Und am wichtigsten: Was hat das alles mit antijüdischem Rassismus zu tun?

*Wie kürzlich vom Spiegel berichtet, zeigt zum Beispiel ein Polizeibericht in Deutschland, dass die Rechten und Rechtsextremen im Jahr 2020 für 96 % aller antisemitischen Vorfälle in Deutschland verantwortlich waren, die auf ein klares Motiv zurückzuführen sind.*

<https://twitter.com/bdsmovement/status/1362411616638275586>

Quelle:

<https://bdsmovement.net/A-Palestinian-Civil-Society-Critique-JDA>